

HARALD SCHOEN UND CHRISTIAN ZETTL

Alte Allianzen, neue Bündnisse oder alles im Fluss?

Gesellschaftliche Konfliktlinien und Wahlverhalten im vereinten Deutschland

Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.

1. Einleitung

Die Bundestagswahl 2009 brachte die Rückkehr zu einer christlich-liberalen Koalition, doch sorgte sie auch für manche Novität. Die historisch guten Resultate der „kleinen“ Parteien korrespondieren mit einer schweren Niederlage der SPD, die so schlecht wie bei keiner anderen Bundestagswahl abschnitt und in den neuen Bundesländern sogar deutlich hinter die Linke zurückfiel. In den neuen wie in den alten Ländern büßten die Sozialdemokraten im Vergleich zur Wahl 2005 jeweils über zehn Prozentpunkte ein. Gerade im Falle der SPD können derart herbe Verluste in beiden Landesteilen Erstaunen auslösen. Denn Anhängerschaft und Wählerschaft der SPD gelten traditionell als sozialstrukturell fest in der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft verankert,¹ was angesichts der Konstanz der Sozialstruktur in der Bundesrepublik als Versicherung gegen dramatische Stimmeneinbrüche betrachtet wird. Nun mag man einwenden, zumindest in den neuen Bundesländern seien drastische Stimmeneinbußen nicht erstaunlich. Denn wahlsoziologische Arbeiten haben wiederholt darauf hingewiesen, dass Parteipräferenzen im Osten wesentlich schwächer durch längerfristige Parteibindungen unterfüttert seien und stärker von situativen Faktoren abhängen als im Westen.² Dieser Einwand lässt zwar die Stimmeneinbußen der SPD in den neuen Ländern weniger überraschend erscheinen, doch lenkt er die Aufmerksamkeit umso stärker auf die in beiden Landesteilen gleichermaßen herben Stimmenverluste der SPD.

¹ Vgl. Harald Schoen, Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung, in: Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005, S. 135-185; Martin Elff/Sigrid Roßteutscher, Die Entwicklung sozialer Konfliktlinien in den Wahlen von 1994 bis 2005, in: Oscar W. Gabriel/Bernhard Weißels/Jürgen W. Falter (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2009, S. 307-327.

² Vgl. Kai Arzheimer/Jürgen W. Falter, „Annäherung durch Wandel“? Das Ergebnis der Bundestagswahl 1998 aus Ost-West-Perspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B52/1998, S. 33-43; Kai Arzheimer/Jürgen W. Falter, Ist der Osten wirklich rot? Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2002 in Ost-West-Perspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B49-50/2002, S. 27-35; Kai Arzheimer/Jürgen W. Falter, „Goodbye Lenin?“ Bundes- und Landtagswahlen seit 1990: Eine Ost-West-Perspektive, in: Jürgen W. Falter/Oscar W. Gabriel/Bernhard Weißels (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden 2005, S. 244-283; Harald Schoen/Roland Abold, Zwei Wählerschaften in einem Land? Wahlverhalten im vereinigten Deutschland, in: Jürgen W. Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger/Harald Schoen (Hrsg.), Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich, München 2006, S. 128-157.

Träfe die skizzierte Vorstellung von der regional unterschiedlichen sozialstrukturellen Verankerung der SPD-Wahl zu, wäre damit zu rechnen, dass die Verluste der SPD in Ost und West unterschiedlichen Regelmäßigkeiten folgten. Demnach hätte die SPD in den alten Ländern verstärkt außerhalb der traditionellen gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Stimmen einbüßen müssen, während sich in den neuen Ländern kein derart ausgeprägtes soziales Profil der SPD-Verluste hätte abzeichnen dürfen. In diesem Fall hätten die herben Verluste die regionalen Unterschiede in der sozialstrukturellen Verankerung der SPD-Wahl praktisch intakt gelassen. Gegen diese Vermutung spricht eine Lesart, die die Stimmenverluste der SPD in deren traditionellen Trägerschichten massiert wähnt. Die Ursache dafür liege darin, dass die SPD-Politik in den vergangenen Jahren die Interessen dieser Gruppen vernachlässigt habe.³ Damit würde die überkommene Vorstellung von der SPD als elektoralem Bündnispartner der organisierten Arbeiterschaft in West wie Ost der Vergangenheit angehören. Das Argument, der Fortbestand elektoraler Bündnisse zwischen sozialen Großgruppen und politischen Parteien sei nicht selbstverständlich, sondern hänge von der Politik der jeweiligen Partei ab, weckt allerdings nicht nur Zweifel an den sozialstrukturellen Grundlagen der SPD-Wahl. Auch das Bündnis zwischen kirchentreuen Katholiken und den Unionsparteien scheint brüchig geworden. So wurde nach der Bundestagswahl 2009 der „Arbeitskreis Engagierter Katholiken in der CDU/CSU“ (AEK) gegründet, und zwar aus der Sorge heraus, dass Katholiken in den Unionsparteien – einst ein Inbegriff der Interessenvertretung kirchennaher Katholiken – nicht mehr ausreichend Gehör fänden.⁴ Sollte sich dieses Unbehagen im Stimmverhalten der Katholiken bei der Wahl 2009 widerspiegeln, könnte auch auf Seiten der Union eine wahlsoziologische Selbstverständlichkeit – kirchennahe Katholiken votieren überproportional häufig für CDU und CSU – obsolet geworden sein. In der Zusammenschau könnten sich die sozialstrukturellen Grundlagen des Wahlverhaltens geändert haben, was die Bundestagswahl 2009 als Einschnitt in der Wahlgeschichte des vereinten Deutschland erscheinen ließe.

Vor diesem Hintergrund wird hier die Bedeutung traditioneller gesellschaftlicher Spaltungslinien für das Wahlverhalten in Ost- und Westdeutschland bei den Bundestagswahlen 1990 bis 2009 untersucht. Im Folgenden wird zunächst die Diskussion über die elektorale Prägekraft der sozioökonomischen und der religiös-konfessionellen

³ Vgl. SPD-Landesvorstand Berlin, Erste Einschätzung der Bundestagswahl 2009 im SPD-Landesvorstand Berlin, Berlin 2009.

⁴ Vgl. Katholischer Kreis in der Union gegründet, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. November 2009, S. 4.

Konfliktdimension skizzenhaft nachgezeichnet und daraus eine Reihe von Forschungsfragen und Forschungsstrategien entwickelt. Anschließend erfolgt eine Analyse des Stimmverhaltens bei den Bundestagswahlen 1990 bis 2009.

2. Theoretischer Hintergrund und Stand der Diskussion – eine Skizze

Der Zusammenhang von Sozialstruktur und Wahlverhalten gehört zu den klassischen Themen der Wahlsoziologie.⁵ Die Wahlforschung in Deutschland richtet ihr Augenmerk auf die Bedeutung zweier überkommener gesellschaftlicher Konfliktlinien (Cleavages) für das Wahlverhalten: einerseits die sozioökonomische, andererseits die konfessionell-religiöse Spannungslinie. Auf der sozioökonomischen Dimension sind die SPD und die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft die traditionellen Bündnispartner. Diese Allianz findet ihren Niederschlag darin, dass die Sozialdemokratie die Interessen dieser Gruppe vertritt und deren Mitglieder gleichsam die natürliche Wählerschaft der SPD darstellen. Auf der konfessionell-religiösen Dimension gelten kirchengebundene Katholiken als klassische Kernklientel der Unionsparteien, auch wenn der konfessionsübergreifende Charakter der Unionsparteien zu einer Akzentverschiebung hin zu einem Konflikt zwischen kirchlich Gebundenen und Säkularen beitrug. Einschlägige Analysen sind regelmäßig der Frage nachgegangen, inwieweit Berufsgruppenzugehörigkeit und Gewerkschaftsmitgliedschaft bzw. Konfession und Kirchenbindung die Wahlentscheidung zugunsten von SPD bzw. CDU/CSU in der alten Bundesrepublik beeinflussen.⁶

Eine dauerhafte Wirkung der Zugehörigkeit zu einer Cleavagegruppe auf die Wahlentscheidung ist voraussetzungsreicher, als es bei einer überkommenen Regelmäßigkeit im politischen Verhalten auf den ersten Blick den Anschein haben könnte. Die Forschung hat auf drei Argumente hingewiesen. Erstens kann ein statistischer Zusammenhang zwischen Gruppenzugehörigkeit und Wahlverhalten auf unterschiedliche Motivlagen gegründet sein. Er kann sich einerseits daraus ergeben, dass die Gruppenmitglieder langfristige Parteibindungen

⁵ Vgl. u.a. Paul F. Lazarsfeld/Bernard Berelson/Hazel Gaudet, *The People's Choice. How the Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign*, New York 1944; Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan, *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*, in: Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York/London 1967, S. 1-64.

⁶ Vgl. u.a. Rainer Schnell/Ulrich Kohler, *Empirische Untersuchung einer Individualisierungsthese am Beispiel der Parteipräferenz von 1953-1992*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 47 (1995), S. 634-657; Walter Müller, *Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 50 (1998), S. 3-46; Wolfgang Jagodzinski/Markus Quandt (2000), *Religion und Wahlverhalten in der längsschnittlichen Entwicklung*, in: Markus Klein/Wolfgang Jagodzinski/Ekkehard Mochmann/Dieter Ohr (Hrsg.), *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland*, Wiesbaden 2000, S. 159-181.

teilen, andererseits aus einem Abgleich momentaner Interessen resultieren. Im ersten Fall ist eine dauerhafte Wirkung der Gruppenzugehörigkeit wahrscheinlicher als im zweiten, da sich Interessenlagen ändern.⁷

Der zweite Fall weist zusätzlich darauf hin, dass Auftreten und Ausprägung von Zusammenhängen zwischen Gruppenzugehörigkeit und Wahlentscheidung auch vom Verhalten der politischen Elite abhängt. Gelingt es einer Partei, ihren Klientelgruppen zu signalisieren, dass sie exklusiv deren Interessen in der politischen Arena vertritt, ist – ceteris paribus – mit einem starken Zusammenhang zwischen Gruppenzugehörigkeit und Wahlentscheidung zu rechnen. Ein Programm, das nicht auf bestimmte Gruppeninteressen abstellt, wird dagegen kaum zu einem klaren Wählerprofil führen. Mit anderen Worten: Wird die Gruppenzugehörigkeit „parteiopolitisiert“, nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, dass sie das Wahlverhalten deutlich beeinflusst.⁸

Schließlich entwickeln die Mitglieder einer Sozialkategorie nicht zwangsläufig identische Interessen und politische Präferenzen. Günstige Bedingungen dafür liegen beispielsweise dann vor, wenn die Gruppenmitglieder ihr Leben lang unter sich bleiben und Kontakte mit Menschen außerhalb ihrer Gruppe vermeiden. Eine „versäulte“ Gesellschaft bietet daher gute Bedingungen für starke Effekte der Gruppenzugehörigkeit auf das Wahlverhalten. Wechseln Personen hingegen im Laufe ihres Lebens ihre soziale Umgebung oder leben ständig in einer heterogenen Umgebung, erscheint die Herausbildung einer homogenen Interessenlage in einer Gruppe oder gar einer Gruppenidentität eher unwahrscheinlich. In der Folge ist mit abgeschwächten Effekten der Gruppenzugehörigkeit auf die Wahlentscheidung zu rechnen.⁹ Somit können gesellschaftliche Bedingungen den Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zu einer Sozialkategorie und dem Wahlverhalten beeinflussen.

Diese drei Argumente spielten in der Diskussion über die Wirkung überkommener sozialer Spannungslinien auf das Wahlverhalten in West- und Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung eine bedeutende Rolle. Zu Beginn des Vereinigungsprozess wurde darauf

⁷ Vgl. H. Schoen (Anm. 1), S. 151-158, K. Arzheimer/J.W. Falter (Anm. 2).

⁸ Vgl. etwa Martin Elff, Politische Ideologien, soziale Konflikte und Wahlverhalten, Baden-Baden 2006.

⁹ Vgl. z.B. Nan Dirk de Graaf/Paul Nieuwebeerta/Anthony F. Heath, Class Mobility and Political Preference: Individual and Contextual Effects, in: American Journal of Sociology, 100 (1995), S. 997–1027; Paul Nieuwebeerta/Nan Dirk de Graaf/Wout C. Ultee, The Effects of Class Mobility on Class Voting in Post-War Western Industrialized Countries, in: European Sociological Review, 16 (2000), S. 327–348; Ulrich Kohler, Der demokratische Klassenkampf. Zum Zusammenhang von Sozialstruktur und Parteipräferenz, Frankfurt a. M. 2002.

hingewiesen, dass in der ehemaligen DDR wesentlich schlechtere Ausgangsbedingungen für Wahlverhalten entlang überkommener sozialer Trennlinien vorlägen als in der alten Bundesrepublik. Denn in Ostdeutschland war der politische Wettbewerb praktisch seit 1933 ausgesetzt. Bürger konnten ihre politischen Präferenzen nicht in freien Wahlen zum Ausdruck bringen. Das DDR-Regime leugnete zum einen innergesellschaftliche Interessengegensätze zugunsten der ideologischen Formel vom Arbeiter- und Bauernstaat und betrieb zum anderen eine kirchenfeindliche Politik. Unter diesen Bedingungen konnten sich die traditionellen Muster des Wählerverhaltens nur schlecht erhalten. Folglich war mit einem Unterschied zwischen alten und neuen Bundesländern im Wahlverhalten entlang traditioneller Konfliktlinien zu rechnen.

Diese Erwartung erfüllte sich bei den ersten Wahlen nach der Wiedervereinigung im Hinblick auf die konfessionell-religiöse Konfliktlinie nicht. Auf dieser Dimension überwogen die innerdeutschen Ähnlichkeiten im Wahlverhalten, da sich (kirchengebundene) Katholiken in Ost und West gleichermaßen als treue Unionswähler erwiesen. Auf der sozioökonomischen Dimension hingegen erwiesen sich (gewerkschaftlich organisierte) Arbeiter zwar in den alten Bundesländern noch immer als überproportional eifrige SPD-Wähler. In den neuen Ländern war dieser Zusammenhang nicht zu erkennen.¹⁰

Im Laufe der 1990er Jahre schienen sich auch auf der sozioökonomischen Dimension die aus den alten Bundesländern bekannten Beziehungen zwischen sozialer Position und Wahlverhalten in der ehemaligen DDR herauszubilden. Bei oberflächlicher Betrachtung konnte dies als eine Angleichung der neuen Länder an die alte Bundesrepublik, gewissermaßen als „Normalisierung“ der ostdeutschen Verhältnisse, gedeutet werden. Gegen diese Interpretation wurde jedoch eingewandt, dass unter Arbeitern in den neuen Bundesländern weit weniger Anhänger der SPD zu finden seien als in den alten Ländern. Daher sei ein wesentlich größerer Teil der ostdeutschen Arbeiterstimmen für die SPD nicht durch langfristige Parteiloyalitäten unterfüttert. Dementsprechend sei die Beziehung zwischen sozialer Position und Wahlverhalten in den neuen Ländern wesentlich fragiler, störungsanfälliger und von momentanen Problemlagen sowie politischen Angeboten beeinflussbar als in den alten.¹¹

¹⁰ Vgl. etwa Wolfgang G. Gibowski/Max Kaase, Auf dem Weg zum politischen Alltag: Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B11-12/1991, S. 3–20; Russell J. Dalton/Wilhelm P. Bürklin, The Two German Electorates: The Social Bases of the Vote in 1990 and 1994, in: *German Politics*, 13 (1995), S. 79–99.

¹¹ Vgl. K. Arzheimer/J. W. Falter (Anm. 2).

Die politische Angebotsseite als ein wichtiger Bedingungsfaktor des Cleavage-Wählens wurde im vereinten Deutschland erstmals anlässlich der Bundestagswahl 1998 deutlich herausgearbeitet. Die SPD warb damals mit dem Slogan „Innovation und Gerechtigkeit“ gezielt um Stimmen von Bürgern jenseits der klassischen Arbeiterschaft. Dieses Politikangebot an die „neue Mitte“ hätte zur Abschwächung des Sozialstruktureffekts führen können. Eine derartige Wirkung ließ sich allerdings nicht nachweisen.¹² Nach der Bundestagswahl 2002 begann die SPD-geführte Regierung unter der Überschrift „Agenda 2010“ mit erheblichen Veränderungen der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Diese Abkehr von traditioneller sozialdemokratischer Politik führte zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der SPD. Kritik wurde nicht zuletzt aus der traditionell gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft laut. Sie mündete in der Gründung der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG), die bei der Wahl 2005 auf der Liste der PDS Kandidaten stellte. Die Konkurrenz einer neuen, von ehemaligen sozialdemokratischen Anhängern gegründeten Partei besaß das Potential, die Beziehung zwischen sozialer Position und Wahlentscheidung zu verändern. In den alten Bundesländern fand die neue Partei bei klassischen Arbeitern vergleichsweise großen Anklang, doch gab es keinen drastischen Wandel in der Beziehung zwischen sozialer Position und SPD-Wahl. In den neuen Ländern dagegen zeichnete sich eine Verschiebung im Wählerprofil der Linken im Vergleich zu ihrer Vorläuferin ab, da sie nun auf Arbeiter attraktiver wirkte.¹³

Das politische Angebot kann Cleavage-Wahlverhalten auch entlang der religiös-konfessionellen Konfliktlinie beeinflussen. Die Unionsparteien zogen 2002 mit Edmund Stoiber als Unionskanzlerkandidaten in die Bundestagswahl, mit einem Bewerber also, der von manchen Beobachtern als Inkarnation eines konservativen Katholizismus angesehen wurde. Im Einklang damit geht Roßteutscher davon aus, dass Stoibers Kandidatur zwar die Katholiken zugunsten der Union mobilisiert, zugleich aber (vor allem) kirchlich gebundene Protestanten abgeschreckt habe. Diesen Abstoßungseffekt habe die Kandidatur der ostdeutschen Protestantin Angela Merkel im Jahr 2005 nur geringfügig abschwächen

¹² Vgl. etwa Martin Elff, Neue Mitte oder alte Lager? Welche Rollen spielen sozioökonomische Konfliktlinien für das Wahlergebnis von 1998?, in: Jan van Deth/Hans Rattinger/Edeltraud Roller (Hrsg.), Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit, Opladen 2000, S. 67-92.

¹³ Vgl. Harald Schoen/Jürgen W. Falter, Die Linkspartei und ihre Wähler, in: Aus Politik und Zeitgeschichte,, B51-52/2005, S. 33-40; M. Elff/S. Roßteutscher (Anm. 1).

können.¹⁴ Andere Autoren fanden hingegen keine derartig gravierenden Veränderungen im Konfessions- und Religionswählen bei den Wahlen 2002 und 2005.¹⁵

Vor diesem Hintergrund ist die Beziehung zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009 zu betrachten. Auf der konfessionell-religiösen Dimension unterscheidet sich die politische Konstellation des Jahres 2009 kaum von jener vier Jahre zuvor. Daher ist auch mit keinen oder nur geringfügigen Veränderungen im Religions- und Konfessionswählen zu rechnen. Auf der sozioökonomischen Dimension hingegen könnten die vier Jahre zwischen 2005 und 2009 zur Etablierung neuer elektoraler Bündnisse beigetragen haben. Denn die Linkspartei hat sich in der Zwischenzeit als gesamtdeutsche Partei etabliert („Die Linke“), die auch in den alten Bundesländern nicht mehr vollkommen exotisch anmutet, was sich etwa an Erfolgen bei verschiedenen Landtagswahlen ablesen lässt. Zugleich wurde die SPD Teil der Großen Koalition unter Angela Merkel, die den Agenda-Kurs ihrer rot-grünen Vorgängerin fortsetzte und keine reine Interessenpolitik zugunsten klassischer sozialdemokratischer Bevölkerungsschichten betrieb. Als ein eindrückliches Beispiel mag die deutliche Anhebung des Mehrwertsteuersatzes nach der Wahl 2005 gelten, die die SPD zuvor als unsoziale Politik von Union und FDP gebrandmarkt hatte. Folglich könnte bei der Wahl 2009 die Zugehörigkeit zur (gewerkschaftlich) organisierten Arbeiterschaft an Einfluss auf die Wahlentscheidung zugunsten der SPD verloren haben. Möglicherweise hat sich der Effekt sogar umgekehrt. Das wäre insbesondere dann plausibel, wenn es der Linken gelungen wäre, ihrerseits ein elektorales Bündnis mit der klassischen gewerkschaftsnahen Arbeiterschaft aufzubauen.

Daher untersuchen wir die Wirkung traditioneller sozialer Spannungslinien auf das Wahlverhalten in Ost- und Westdeutschland bei der Bundestagswahl 2009 im Lichte der Entwicklung seit 1990. Dazu betrachten wir die Wirkung von Konfession und Kirchenbindung auf die Wahlentscheidung zugunsten der Unionsparteien sowie den Effekt von Arbeiterstatus und Gewerkschaftsmitgliedschaft auf die Stimmenscheidung für die SPD. Diese traditionelle Analysestrategie ergänzen wir um drei Aspekte. Erstens beziehen wir auf

¹⁴ Vgl. Sigrid Roßteutscher, CDU-Wahl 2005: Katholiken, Kirchgänger und eine protestantische Spitzenkandidatin aus dem Osten, in: Frank Brettschneider/Oskar Niedermayer/Bernhard Weßels (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden 2007, S. 321-347.

¹⁵ Vgl. Kai Arzheimer/Harald Schoen, Mehr als eine Erinnerung an das 19. Jahrhundert? Das sozioökonomische und das religiös-konfessionelle Cleavage und Wahlverhalten 1994-2005, in: Hans Rattinger/Oscar W. Gabriel/Jürgen W. Falter (Hrsg.), Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland, Baden-Baden 2007, S. 89-112; siehe auch Hanna Kaspar/Jürgen W. Falter, Angenähert oder ausdifferenziert? Das Wahlverhalten in Ost- und Westdeutschland bei der Bundestagswahl 2005, in: O. W. Gabriel/B. Weßels/J. W. Falter (Anm. 1), S. 202-227.

der sozioökonomischen Dimension die Wahlentscheidung zugunsten der PDS/Linkspartei in die Betrachtung mit ein. Zweitens analysieren wir die Wirkung der Gruppenzugehörigkeit auf die Ausprägung von Parteibindungen zugunsten von Union bzw. SPD. Auf diese Weise soll geprüft werden, inwieweit die Beziehung zwischen Sozialstruktur und Wahlentscheidung durch Parteiloyalitäten unterfüttert ist und daher vergleichsweise robust sein sollte. Drittens stellen wir uns nicht nur die Frage, ob Konfession und Kirchenbindung bzw. Arbeiterstatus und Gewerkschaftsbindung je für sich die Wahl der Cleavage-Partei begünstigen. Vielmehr untersuchen wir darüber hinaus, ob das Zusammentreffen der beiden jeweiligen Cleavage-Merkmale das entsprechende Wahlverhalten bzw. die entsprechenden Parteibindungen überproportional wahrscheinlicher werden lässt. Demnach sollten kirchengebundene Katholiken deutlich stärker der Union zuneigen als katholische Taufscheinchristen, wie auch gewerkschaftlich gebundene Arbeiter „linientreuer“ wählen sollten als nicht organisierte Arbeiter. Aus theoretischer Sicht erscheint eine solche Interaktionsbeziehung plausibel, da eine enge Kirchenbindung wie eine Gewerkschaftsmitgliedschaft bestimmte Grundorientierungen nahelegen und zu regelmäßigen Kontakten mit cleavage-relevanten Informationen und Überzeugungsbotschaften führen dürften. Zugleich erlaubt es diese Strategie festzustellen, ob – wie in den eingangs skizzierten Deutungen – der SPD bei der Wahl 2009 gerade traditionelle Trägerschichten den Rücken kehrten.

3. Daten und Methoden

Um unsere Längsschnittanalyse durchzuführen, greifen wir auf Daten aus Umfragen zu den Bundestagswahlen 1990 bis 2009 zurück. Für die Bundestagswahl 1990 verwenden wir Daten aus der „Kieler Wahlstudie“ unter der Leitung von Werner Kaltefleiter, die mittels mündlicher Interviews zwischen November und Dezember 1990 erhoben wurden. Für die Wahlen 1994 bis 2002 ziehen wir Querschnittsdaten aus dem DFG-Projekt „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“ heran. Diese unter der Leitung von Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel und Hans Rattinger durchgeführte Erhebung basiert auf persönlich durchgeführten mündlichen Interviews, die jeweils einige Wochen vor und nach der Wahl geführt wurden. Für die Bundestagswahl 2005 stehen die Daten des von der DFG geförderten Projektes „Bürger und Parteien in einer veränderten Welt“ (Primärforscher: Steffen Kühnel, Oskar Niedermayer und Bettina Westle) zur Verfügung. Aufgrund der besonderen Umstände dieser Wahl wurden die persönlichen Interviews nur nach der Wahl geführt. Für die Bundestagswahl 2009 verwenden wir Daten

aus einer telefonischen Vorwahlbefragung im Rolling-Cross-Section-Design, die in den sechzig Tagen vor der Wahl im Rahmen der German Logitudinal Election Study (GLES) unter der Federführung von Hans Rattinger, Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck und Bernhard Weßels durchgeführt wurde.¹⁶ Die Daten wurden mit üblichen Repräsentativgewichten gewichtet, in der Analyse zur Wahl 2009 zusätzlich mit einem Bildungsgewicht.

Um die Frage zu klären, inwieweit die klassischen sozialstrukturellen Konfliktlinien einen Einfluss auf das Wahlverhalten im vereinigten Deutschland seit 1990 besitzen, rechnen wir logistische Regressionsmodelle. Als abhängige Variable dient uns das Wahlverhalten, das je nach zeitlicher Lagerung der Befragung mit der Wahlabsichts- oder Rückerinnerungsfrage erhoben wurde. Für die Analyse der sozioökonomischen Konfliktlinie bilden wir eine Variable mit zwei Ausprägungen, die für Wähler der SPD den Wert 1 annimmt, für die Wähler anderer Parteien den Wert 0. Hinsichtlich der religiös-konfessionellen Konfliktlinie kreieren wir eine ebenfalls eine sogenannte Dummy-Variable. Sie hat den Wert 1 für Wähler der Unionsparteien, den Wert 0 für die Wähler anderer Parteien. Zur Messung der Parteiidentifikation, als zweiter abhängiger Variable, wurde das diesbezügliche Standardinstrument verwendet.¹⁷ Aus den Antworten der Befragten wird eine Variable gebildet, die für Anhänger der SPD den Wert 1 annimmt, für Anhänger anderer Parteien und Personen ohne Parteibindung den Wert 0; vollkommen analog wird eine sogenannte Dummy-Variable für CDU/CSU-Anhänger geschaffen.

Zur Analyse der Bedeutung des religiös-konfessionellen Cleavages kreieren eine dichotome Variable, die für Katholiken den Wert 1 annimmt, für alle anderen Personen den Wert 0; für Protestanten wird eine analoge Variable entwickelt. Daneben interessieren wir uns für die Wirkung der Kirchengangshäufigkeit als Gradmesser für die Stärke der Kirchenbindung einer Person. Damit wir ein über den gesamten Zeitraum hinweg einheitliche Messinstrument verwenden können, schaffen wir eine dichotome Variable, die zwischen Personen, die mindestens einmal im Monat oder öfter in die Kirche gehen (Wert 1), und allen anderen (Wert 0) unterscheidet. Die Bedeutung des sozioökonomischen Cleavages wird mit Hilfe von Informationen über Gewerkschaftsmitgliedschaft und die Zugehörigkeit eines Befragten zur

¹⁶ Leider standen uns beim Verfassen dieses Beitrages keine Daten aus persönlichen Interviews zur Verfügung.

¹⁷ Die Frageformulierung lautet: „Viele Leute neigen in der Bundesrepublik längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Wenn ja, welcher?“

Berufsgruppe der Arbeiter untersucht. Die Gewerkschaftsmitgliedschaft dient – wie der Kirchgang – als Messgröße einer bestimmten politischen Grundorientierung bzw. als Indikator für den Kontakt mit Personen einer solchen Orientierung. Sie wird gemessen mit Hilfe einer Variable, die für Gewerkschaftsmitglieder den Wert 1 annimmt, für andere Personen den Wert 0. Zur Einordnung als Arbeiter wird die objektive Zuordnung des Befragten zur entsprechenden Berufsgruppe verwendet. Auch hier setzen wir eine Dummy-Variable ein, die für Arbeiter den Wert 1 annimmt, für andere Personen den Wert 0.¹⁸

4. Empirische Ergebnisse

Zunächst gehen wir der Frage nach, inwieweit Konfession und Kirchenbindung das Wahlverhalten im vereinten Deutschland beeinflussten. Um diese Frage zu klären, haben wir die Wahlentscheidung zugunsten der Unionsparteien oder für eine andere Partei in einem logistischen Regressionsmodell auf drei unabhängige Variablen zurückgeführt: die Katholiken-, Protestanten- und Kirchgang-Dummyvariablen. Damit können die Wirkungen von Konfession und Kirchenbindung auf die Wahlentscheidung unter wechselseitiger Kontrolle beider Faktoren untersucht werden. Die Ergebnisse dieser Analysen sind in Tabelle 1 zusammengestellt. Da logistische Regressionskoeffizienten nicht intuitiv interpretierbar sind, haben wir aus den Ergebnissen in Tabelle 1 zusätzlich Wahlwahrscheinlichkeiten berechnet und in Abbildung 1 graphisch dargestellt.¹⁹

Die Ergebnisse zeigen, dass der Kirchgang als Gradmesser für die Kirchenbindung in beiden Landesteilen die Wahlentscheidung zugunsten der Unionsparteien beeinflusste. In den alten Bundesländern ist bei allen Wahlen ein statistisch signifikanter Logitkoeffizient zu erkennen. Die damit gemessene Wirkung findet auch in Abbildung 1 ihren Ausdruck, und zwar dahingehend, dass die Wahrscheinlichkeit, für CDU oder CSU zu stimmen, bei regelmäßigen Gottesdienstbesuchern in der Regel deutlich höher liegt als bei seltenen Kirchgängern. In den neuen Bundesländern fällt die eigenständige Wirkung des Kirchgangs wenigstens tendenziell schwächer aus als in den alten. Bei einzelnen Wahlen, etwa 1994 und 2009, ist zudem keine eigenständige Wirkung des Kirchgangs nachweisbar. Allerdings scheint es sich dabei eher um wahlspezifische Ergebnisse als um Anzeichen eines generellen Trends zu handeln.

¹⁸ Im Jahr 2005 wurden nur die Erwerbstätigen nach ihrem beruflichen Status gefragt, nicht jedoch Personen ohne Erwerbstätigkeit nach ihrem früheren Status. Diese Variation in der Erhebung könnte die Ergebnisse, insbesondere von Längsschnittvergleichen, beeinflussen.

¹⁹ Konfidenzintervalle werden in den Abbildungen aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht dargestellt, aber bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt.

Tabelle 1: Wirkungen von Konfession und Kirchengang auf die Wahlentscheidung zugunsten der Unionsparteien bei den Bundestagswahlen 1990-2009 (logistische Regressionsanalysen)

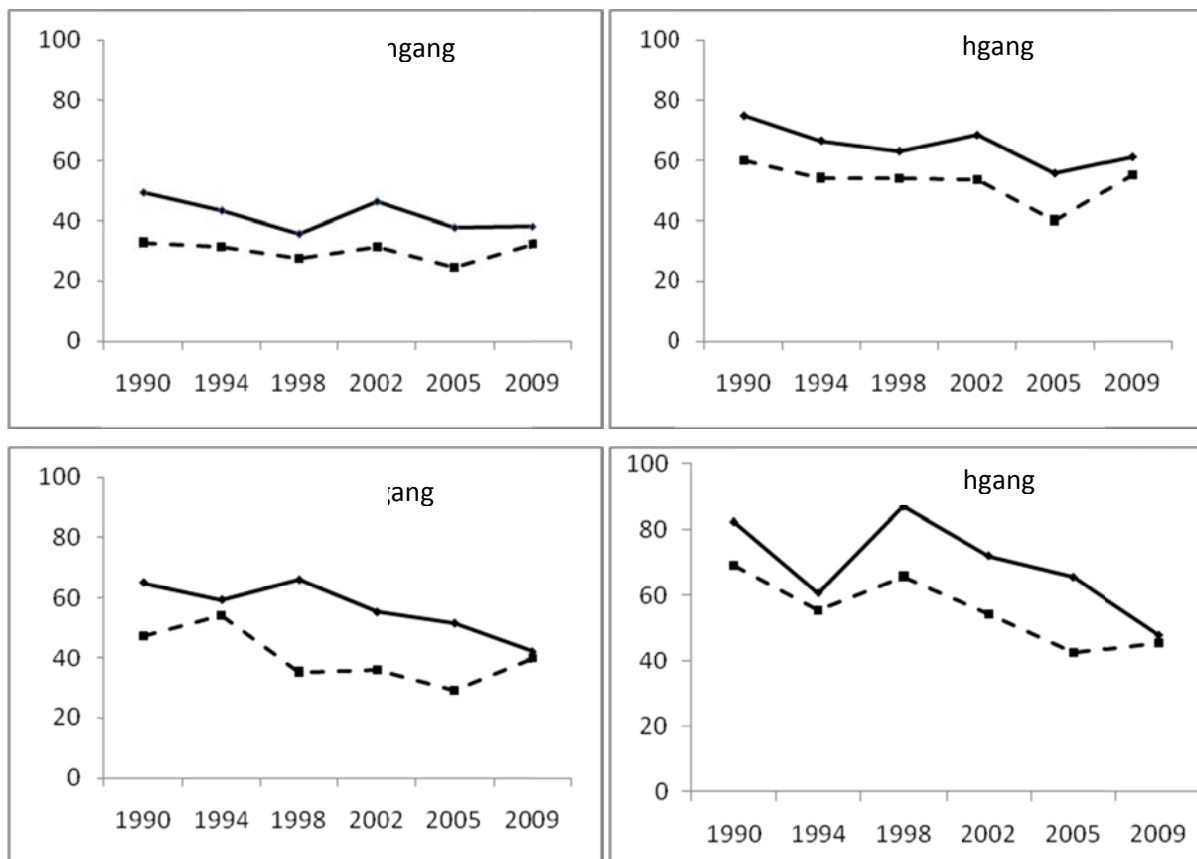
West	1990	1994	1998	2002	2005	2009
Katholiken	1.22** (0.29)	1.02** (0.21)	0.58** (0.19)	1.02** (0.19)	0.69** (0.21)	0.71** (0.15)
Protestanten	0.53 (0.28)	0.50* (0.21)	0.20 (0.19)	0.39* (0.19)	0.06 (0.22)	0.46** (0.14)
Kirchengang	1.12** (0.17)	0.95** (0.15)	1.13** (0.15)	0.92** (0.15)	0.73** (0.18)	0.95** (0.13)
Konstante	-1.24** (0.26)	-1.28** (0.18)	-1.16** (0.16)	-1.16** (0.17)	-1.18** (0.17)	-1.20** (0.11)
Pseudo-R ²	0.09	0.06	0.06	0.06	0.04	0.05
N	1203	1534	1716	1687	1293	3099
Katholiken vs. Protestanten	0.70** (0.16)	0.52** (0.14)	0.38** (0.14)	0.63** (0.13)	0.63** (0.17)	0.25* (0.12)
Ost	1990	1994	1998	2002	2005	2009
Katholiken	1.15** (0.43)	1.29** (0.29)	2.15** (0.44)	1.34** (0.36)	1.44** (0.46)	0.71 (0.52)
Protestanten	0.42* (0.19)	1.07** (0.14)	0.90** (0.21)	0.57** (0.21)	0.50 (0.27)	0.62** (0.24)
Kirchengang	0.92* (0.40)	0.05 (0.25)	1.25** (0.36)	0.73* (0.32)	0.58 (0.44)	0.23 (0.39)
Konstante	-0.53** (0.10)	-0.91** (0.08)	-1.49** (0.12)	-1.13** (0.13)	-1.38** (0.13)	-1.02** (0.12)
Korr. PR ²	0.03	0.05	0.09	0.05	0.04	0.02
N	798	1549	817	777	721	708
Katholiken vs. Protestanten	0.73 (0.44)	0.22 (0.29)	1.25** (0.45)	0.78* (0.36)	0.94* (0.47)	0.09 (0.51)

Angegeben sind unstandardisierte logistische Regressionskoeffizienten mit robusten Standardfehlern in Klammern. Signifikanzniveaus: ** p<0.01, * p<0.05.

Die Konfessionszugehörigkeit entfaltet unabhängig von der Kirchengangshäufigkeit eine eigenständige Wirkung auf die Wahlentscheidung zugunsten der Unionsparteien. Den Ergebnissen der Logitanalysen lässt sich entnehmen, dass Katholiken deutlich häufiger als die Personen in der Referenzgruppe, hauptsächlich Konfessionslose, für die Unionsparteien stimmen, und zwar in West- und Ostdeutschland. Im innerdeutschen Vergleich zeichnet sich zudem seit 1994 ein tendenziell stärkerer Effekt in den neuen Bundesländern ab. Bei der Wahl 1998 erwies sich die katholische Konfession in den neuen Ländern sogar als deutlich einflussreicher als in den alten. Nimmt man die logistischen Regressionskoeffizienten zum Maßstab, ist seit der Wiedervereinigung keine deutliche Veränderung der Einflussstärke

erkennbar, und zwar weder in West- noch in Ostdeutschland. Die Bundestagswahl 2009 stellt in dieser Hinsicht also keine Ausnahmewahl dar.

Abbildung 1: Wahlverhalten zugunsten der Unionsparteien in Abhängigkeit von Konfession und Kirchgangshäufigkeit in West- und Ostdeutschland bei den Bundestagswahlen 1990 bis 2009 (prognostizierte Wahrscheinlichkeiten in Prozent auf der Basis der Modelle in Tabelle 1)



Die durchgezogene Linie steht für Katholiken, die gestrichelte Linie für Protestanten.

Damit ist allerdings noch nicht geklärt, ob sich Katholiken in ihrer Unionsaffinität von Protestanten unterscheiden, wie es die Vorstellung von einer konfessionellen Spaltungslinie nahelegen würde. Die Antwort hierauf geben die am Ende der jeweiligen Teile in Tabelle 1 berichteten Differenzen der Regressionskoeffizienten. In Westdeutschland sind bei allen betrachteten Wahlen statistisch signifikante Konfessionskoeffizienten zu erkennen. Bei gleicher Kirchgangshäufigkeit begünstigt die katholische Konfession im Vergleich zur protestantischen die Wahlentscheidung zugunsten der Unionsparteien deutlich. Dieser Effekt schwankt über die Zeit nur geringfügig, wie die Abstände zwischen den Unionsanteilen unter Katholiken und Protestanten in Abbildung 1 veranschaulichen. Bei der Wahl 1998 scheinen

sich Katholiken und Protestanten in ihrem Wahlverhalten einander angenähert zu haben. Bei den beiden folgenden Wahlen gewann die Konfessionszugehörigkeit tendenziell wieder an Erklärungskraft hinzu, ohne dass der Effekt jedoch ein im Betrachtungszeitraum ungewöhnlich hohes Niveau erreicht hätte. Bei der jüngsten Wahl im Jahr 2009 schließlich sank der Konfessionseffekt wieder leicht ab. In den neuen Bundesländern bewegen sich die entsprechenden Logitkoeffizienten auf einem ähnlichen, in einigen Fällen sogar geringfügig höherem Niveau als in den alten. Allerdings sind die Unterschiede zwischen alten und neuen Ländern unter Berücksichtigung des Stichprobenfehlers nicht von null verschieden. Der eigenständige Effekt der Konfession scheint demnach *cum grano salis* in beiden Landesteilen ähnlich stark ausgeprägt zu sein.

Weiterführende Analysen deuten darauf hin, dass die Wirkungen von Konfession und Kirchenbindung nicht unabhängig voneinander auftreten. Vielmehr scheinen sich Katholiken und Protestanten mit starker Kirchenbindung in ihrer Unionsaffinität zumindest etwas deutlicher zu unterscheiden als Angehörige beider Konfessionen, die nur selten oder gar nicht den Weg in den Gottesdienst finden. Offenbar verstärkt eine intensive Kirchenbindung – zum Beispiel aufgrund einer intensiveren Kommunikation mit Gleichgesinnten oder dank einer größeren subjektiven Bedeutung von Religion oder Konfession – wenigstens tendenziell die Wirkung der Konfession auf die Wahlentscheidung zugunsten der Unionsparteien in West- und Ostdeutschland.²⁰ Dieses Ergebnis ist mit der Annahme, die kirchengebundenen Katholiken seien eine Kernwählergruppe von CDU und CSU, gut vereinbar. Das heißt jedoch nicht, dass sich kirchengebundene Protestanten von den Unionsparteien abgestoßen fühlten. Die Evidenz zeigt lediglich, dass eine starke Kirchenbindung die Unionswahl unter Katholiken stärker begünstigt als unter Protestanten.

Unsere Befunde deuten somit darauf hin, dass Konfession und Kirchenbindung eigenständige Beiträge zur Erklärung der Unionswahl leisten. Die Unterschiede im Wahlverhalten von Katholiken und Protestanten lassen sich demnach nicht darauf zurückführen, dass unter Katholiken die Kirchenbindung stärker ausgeprägt ist als unter Protestanten. Vielmehr entfaltet die Konfession eine genuine Wirkung, und zwar in den alten wie in den neuen Ländern.²¹ Zugleich interagieren Konfession und Religion in ihrer Wirkung auf das

²⁰ Ähnliche Interaktionen zwischen Konfession und Kirchengang sind hinsichtlich auf die Identifikation mit den Unionsparteien zu erkennen (nicht tabellarisch ausgewiesen).

²¹ Siehe hierzu auch Christof Wolf, 1996: Konfessionelle versus religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft, in: Politische Vierteljahresschrift, 37 (1996), S. 713-734.

Wahlverhalten zugunsten der Unionsparteien. Diese Muster erwiesen sich im Beobachtungszeitraum als vergleichsweise stabil.²² Insbesondere scheint der Wechsel von den katholischen Kanzlerkandidaten Helmut Kohl und Edmund Stoiber zur protestantischen Amtsasspirantin Angela Merkel die eigenständige Bedeutung der Konfession für die Wahlentscheidung nicht entscheidend beeinflusst zu haben. Dieser Befund spricht nicht gegen die grundsätzliche Bedeutung von Angebotsfaktoren für die Wirkung der Konfession auf Parteipräferenzen. Doch deutet er darauf hin, dass die Veränderungen der politischen Konstellation im vereinten Deutschland den Konfessionseffekt (bislang) weder verstärkt noch abgeschwächt haben.

Mit Blick auf die sozioökonomische Konfliktlinie gehen wir zunächst der Frage nach, ob die Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft und die Gewerkschaftsmitgliedschaft die Wahlentscheidung für die SPD begünstigen. Die in Tabelle 2 zusammengestellten Ergebnisse sprechen insgesamt dafür, dass der Arbeiterstatus in den alten Bundesländern relativ schwache Wirkungen auf die Wahlentscheidung zugunsten der Sozialdemokraten entfaltete. Wie Abbildung 2 zeigt, steigerte der Arbeiterstatus bei der Bundestagswahl 1990 unter nicht gewerkschaftlich organisierten Befragten die Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe zugunsten der SPD von rund 32 Prozent auf etwa 46 Prozent, was auch unter Berücksichtigung des Stichprobenfehlers einen bedeutsamen Anstieg darstellt. Bei den folgenden Wahlen erwies sich der Arbeiterstatus nur noch 1998 als ein statistisch signifikanter Einflussfaktor, der unter nicht gewerkschaftlich organisierten Personen die Wahrscheinlichkeit eines SPD-Votums um rund zehn Prozentpunkte anwachsen ließ. Unter den weniger zahlreichen Gewerkschaftsmitgliedern kann der Einfluss generell nicht die konventionellen Signifikanzschwellen überwinden und ist daher nicht von null zu unterscheiden.

Tabelle 2: Wirkungen von Arbeiterstatus und Gewerkschaftsmitgliedschaft auf die Wahlentscheidung zugunsten der SPD bei den Bundestagswahlen 1990-2009 (logistische Regressionsanalysen)

West	1990	1994	1998	2002	2005	2009
Arbeiter	0.57** (0.16)	0.25 (0.14)	0.41** (0.14)	0.22 (0.14)	0.45 (0.24)	0.25 (0.17)
Gewerkschaft	0.72** (0.18)	0.28 (0.16)	0.50** (0.18)	0.75** (0.16)	0.36 (0.27)	0.92** (0.15)
Konstante	-0.74**	-0.53**	-0.41**	-0.72**	-0.66**	-1.20**

²² Eine Erklärung für die relative Konstanz des Effekts auf die Wahlentscheidung könnte darin liegen, dass Konfession und Kirchgang nach ähnlichem Muster stabile Parteibindungen vorprägen (nicht tabellarisch oder graphisch ausgewiesen).

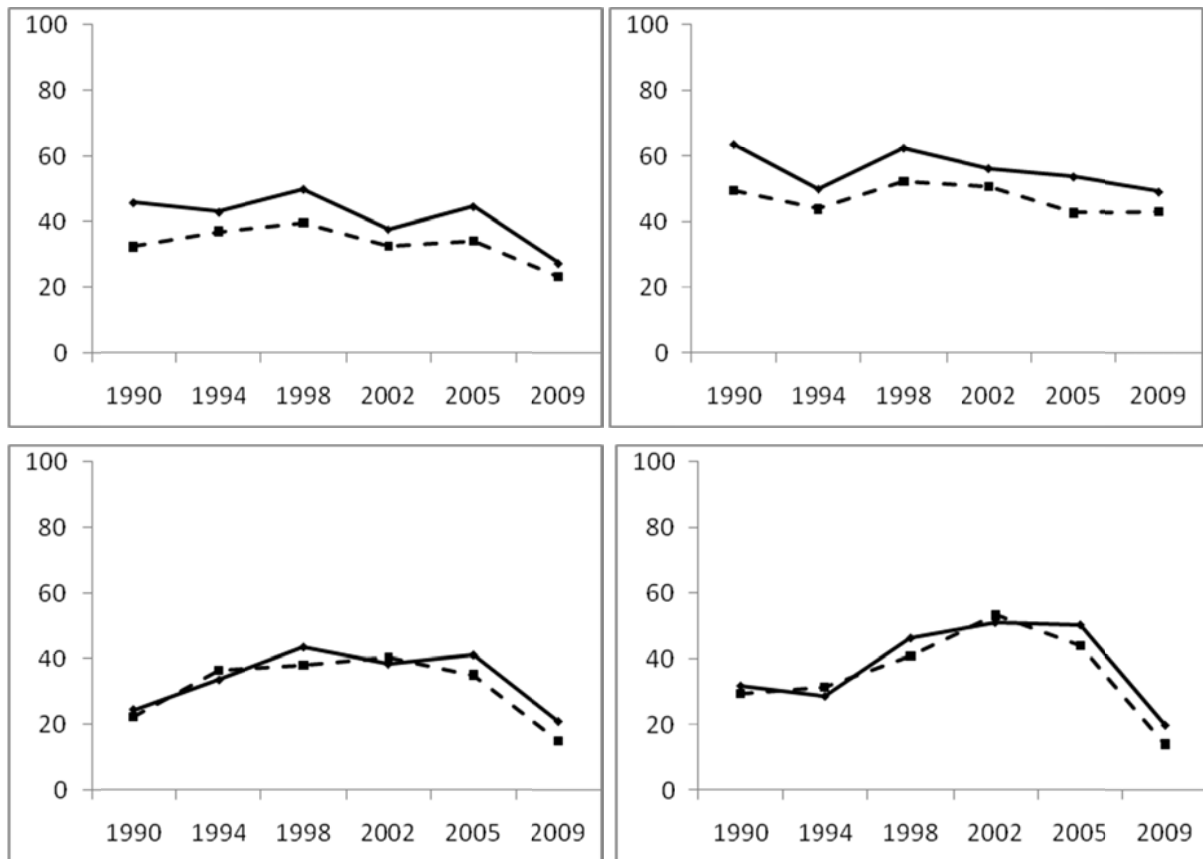
	(0.10)	(0.09)	(0.07)	(0.07)	(0.11)	(0.07)
Pseudo-R ²	0.03	0.005	0.01	0.02	0.01	0.02
N	1042	1300	1503	1582	677	2790
Ost	1990	1994	1998	2002	2005	2009
Arbeiter	0.11	-0.13	0.22	-0.09	0.26	0.41
	(0.19)	(0.13)	(0.17)	(0.18)	(0.36)	(0.33)
Gewerkschaft	0.36	-0.23	0.10	0.51*	0.37	-0.07
	(0.19)	(0.16)	(0.24)	(0.26)	(0.44)	(0.40)
Konstante	-1.24**	-0.55**	-0.48**	-0.38**	-0.61**	-1.75**
	(0.16)	(0.08)	(0.11)	(0.12)	(0.18)	(0.14)
Pseudo-R ²	0.01	0.002	0.002	0.01	0.005	0.01
N	770	1453	780	707	346	658

Angegeben sind unstandardisierte logistische Regressionskoeffizienten mit robusten Standardfehlern in Klammern. Signifikanzniveaus: ** p<0.01, * p<0.05.

Im Vergleich zum Arbeiterstatus gingen von der Gewerkschaftsmitgliedschaft in Westdeutschland etwas stärkere und konsistentere Wirkungen auf die Wahlentscheidung für die SPD aus. Besonders deutlich begünstigte eine Gewerkschaftsmitgliedschaft die SPD-Wahl in den Jahren 1990, 2002 und 2009. Diese Befunde deuten darauf hin, dass die SPD bei ihrem Absturz 2009 in den alten Bundesländern unter Gewerkschaftsmitgliedern tendenziell weniger starke Einbußen hinnehmen musste als jenseits der Gewerkschaften.²³ Zugleich verstärkte eine Gewerkschaftsmitgliedschaft bis 2002, wenigstens der Tendenz nach, die positive Wirkung des Arbeiterstatus auf die SPD-Wahl (siehe Abbildung 3). Dieses Muster steht im Einklang mit der Vermutung, dass gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in besonderem Maße sozialdemokratisches Gedankengut verinnerlicht haben und zudem regelmäßig mit sozialdemokratisch gefärbten Botschaften in Berührung kommen. Seit 2005 scheint eine gegenteilige Tendenz aufzutreten. Nun schwächt eine Gewerkschaftsmitgliedschaft die positive Wirkungstendenz eher ab, als dass sie sie stärkte, oder verkehrt sie sogar in ihr Gegenteil. In dieser Verschiebung könnte sich die Tatsache widerspiegeln, dass nicht zuletzt Mitglieder von Gewerkschaften mit hohem Arbeiteranteil, also etwa der IG Metall, daran beteiligt waren, aus Protest gegen die sozialdemokratische Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik eine Linksabspaltung der SPD zu gründen.

Abbildung 2: Wahlverhalten zugunsten der SPD in Abhängigkeit von Arbeiterstatus und Gewerkschaftsmitgliedschaft in West- und Ostdeutschland bei den Bundestagswahlen 1990 bis 2009 (prognostizierte Wahrscheinlichkeiten in Prozent auf der Basis der Modelle in Tabelle 2)

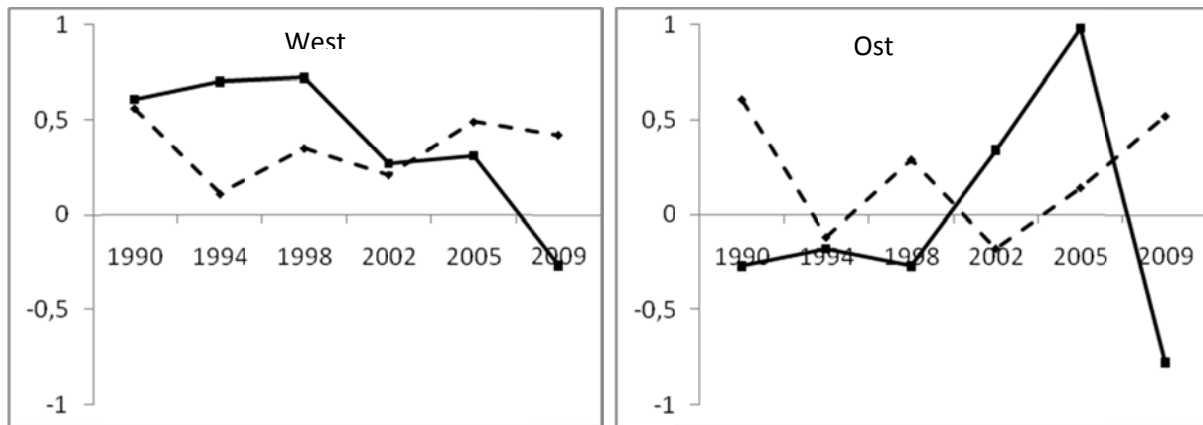
²³ SPD-Bindungen hängen im Untersuchungszeitraum noch weniger deutlich mit der sozialstrukturellen Position zusammen als die Wahlentscheidung zugunsten der SPD. Das deutet darauf hin, dass die SPD unter Wahlberechtigten jenseits ihrer Anhängerschaft auf Arbeiter etwas attraktiver wirkte als auf andere Personen.



Die durchgezogene Linie steht für Arbeiter, die gestrichelte Linie für andere Personen.

In den neuen Bundesländern bleiben Arbeiterstatus und Gewerkschaftsmitgliedschaft bei allen betrachteten Wahlen praktisch ohne Einfluss auf die Wahlentscheidung zugunsten der Sozialdemokratie. Die ostdeutschen SPD-Wähler besitzen insoweit kein klares sozialstrukturelles Profil. Wie in den alten Bundesländern unterscheidet sich die Wählerschaft der SPD in dieser Hinsicht kaum von den SPD-Anhängern. Auch sie zeichnen sich im Vergleich mit dem übrigen Elektorat nicht dadurch aus, dass sie überproportional häufig unter Arbeitern oder Gewerkschaftsmitgliedern zu finden wären. Vielmehr sind Anhänger wie Wähler der SPD in den neuen Ländern – bei einer dichotomen Messung der sozialen Position – sozialstrukturell gleichermaßen amorph. Wie in Abbildung 3 zu erkennen ist, trug die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft unter ostdeutschen Arbeitern kaum dazu bei, Arbeiter an der Wahlurne der SPD gewogener zu machen. Am wenigsten scheint dies bei der Wahl 2009 der Fall zu sein.

Abbildung 3: Effekte des Arbeiterstatus in Abhängigkeit von der Gewerkschaftsmitgliedschaft in den alten und neuen Bundesländern bei den Bundestagswahlen 1990 bis 2009 (logistische Regressionskoeffizienten)



Die durchgezogene Linie steht für Gewerkschafter, die gestrichelte Linie für andere Personen.

In der Zusammenschau deuten die Befunde darauf hin, dass sich das elektorale Bündnis aus Arbeitern, Gewerkschaften und Sozialdemokratie in Westdeutschland seit der Wiedervereinigung gelockert hat. Denn das einst für die SPD vorteilhafte Zusammenwirken von Arbeiterstatus und Gewerkschaftsbindung scheint seine Wirksamkeit eingebüßt zu haben. In den neuen Bundesländern wurde dieses Bündnis nach der Wiedervereinigung offenbar nie in der aus Westdeutschland bekannten Form geschlossen. Arbeiterstatus und Gewerkschaftsbindung begünstigten weder je für sich die SPD-Wahl, noch ließ ihr Zusammentreffen ein Votum für die Sozialdemokraten regelmäßig überproportional wahrscheinlicher werden.

Aus den bisherigen Befunden kann man noch nicht folgern, dass die Linke als Bündnispartner von Arbeitern und Gewerkschaften an die Stelle der SPD getreten sei. Dazu bedarf es einer weiteren empirischen Prüfung, die die Wahlentscheidung zugunsten der Linken auf Arbeiterstatus und Gewerkschaftsmitgliedschaft regrediert. Die entsprechenden Ergebnisse sind in Tabelle 3 zusammengestellt.

Tabelle 3: Wirkungen von Arbeiterstatus und Gewerkschaftsmitgliedschaft auf die Wahlentscheidung zugunsten der PDS/Linke bei den Bundestagswahlen 1990-2009 (logistische Regressionsanalysen)

West	1990	1994	1998	2002	2005	2009
Arbeiter	-	0.34 (0.57)	-1.64 (1.05)	0.24 (0.46)	0.46 (0.44)	0.49* (0.24)
Gewerkschaft	-	0.51 (0.61)	-0.00 (0.55)	0.63 (0.55)	1.28** (0.44)	0.20 (0.23)
Konstant	-	-4.97** (0.40)	-4.43** (0.32)	-4.42** (0.31)	-3.16** (0.24)	-2.76** (0.12)
Pseudo-R ²	-	0.01	0.02	0.01	0.06	0.01

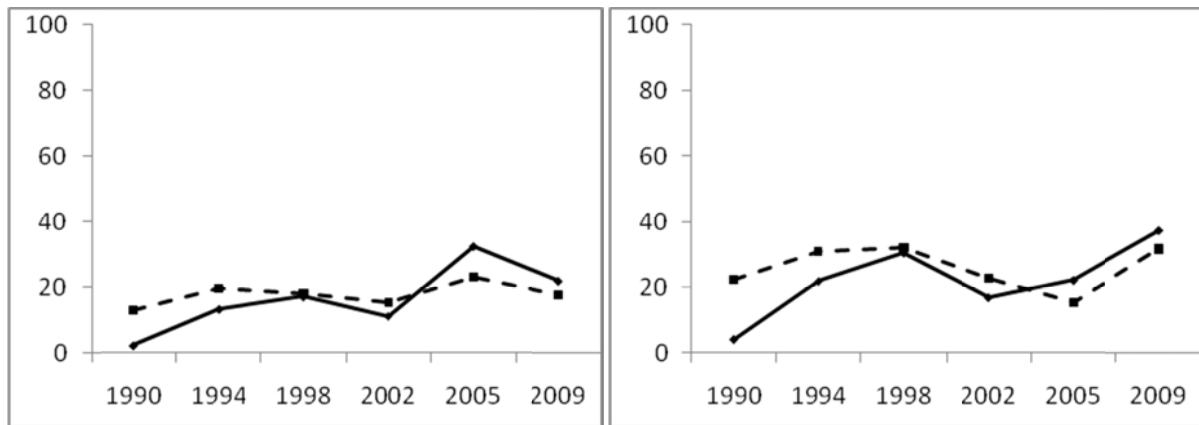
N	-	1300	1503	1582	677	2790
Ost	1990	1994	1998	2002	2005	2009
Arbeiter	-1.91** (0.324)	-0.46** (0.166)	-0.07 (0.212)	-0.37 (0.251)	0.46 (0.36)	0.25 (0.29)
Gewerkschaft	0.65* (0.28)	0.60** (0.18)	0.76** (0.26)	0.48 (0.31)	-0.52 (0.45)	0.76* (0.30)
Konstante	-1.89** (0.23)	-1.41** (0.10)	-1.50** (0.14)	-1.71** (0.15)	-1.19** (0.17)	-1.53** (0.14)
Pseudo-R ²	0.11	0.02	0.01	0.01	0.01	0.01
N	770	1453	780	707	346	658

Angegeben sind unstandardisierte logistische Regressionskoeffizienten mit robusten Standardfehlern in Klammern. Signifikanzniveaus: ** p<0.01, * p<0.05.

Die Ergebnisse zu den neuen Bundesländern zeigen zum einen, dass Gewerkschaftsmitglieder zumindest der Tendenz nach zu einem überproportionalen Anteil für die PDS und später die Linke votierten. Wie ergänzende Analysen belegen, geht dies jedoch nicht zulasten der SPD, sondern offenbar auf Kosten anderer Parteien. Zum anderen wird deutlich, dass die SED-Nachfolgepartei in den neuen Bundesländern anfangs gerade bei Arbeitern auf erhebliche Akzeptanzprobleme stieß (siehe Abbildung 4). Bis zur Bundestagswahl 2002 entschieden sich ostdeutsche Arbeiter, vor die Wahl zwischen der PDS und einer anderen Partei gestellt, eher gegen die SED-Nachfolgerin. Das änderte sich 2005 insofern, als nun der Arbeiterstatus tendenziell die Wahl der Linkspartei begünstigt. Insoweit ist es der Partei bislang zwar nicht gelungen, an der Wahlurne eine überdurchschnittlich große Anziehungskraft auf Wahlberechtigte aus der Arbeiterschaft zu entwickeln, doch hat sie zumindest die ausgeprägte Aversion dieser Gruppe abbauen, wenn nicht in eine leichte Sympathie verwandeln können. Insoweit orientierte sich die ostdeutsche Arbeiterschaft parteipolitisch um, mit dem Ergebnis, dass sich das anfangs sehr klar konturierte sozialstrukturelle Profil der PDS-Wähler und -Anhänger mit den Jahren abgeschliffen hat.²⁴

Abbildung 4: Wahlverhalten zugunsten der PDS/Linke in Abhängigkeit von Arbeiterstatus und Gewerkschaftsmitgliedschaft in Ostdeutschland bei den Bundestagswahlen 1990 bis 2009 (prognostizierte Wahrscheinlichkeiten in Prozent auf der Basis der Modelle in Tabelle 3)

²⁴ Die Ergebnisse zur Identifikation mit der Linkspartei und deren Vorgängerin sind nicht tabellarisch ausgewiesen.



Die durchgezogene Linie steht für Arbeiter, die gestrichelte Linie für andere Personen.

In den alten Bundesländern kann das Wahlverhalten zugunsten der PDS bis zur Bundestagswahl 2002 wegen der niedrigen Zahl von Befragten, die eine entsprechende Wahlentscheidung angaben, nur eingeschränkt analysiert werden. 2005 tendierten Arbeiter stärker als andere Personen zur Wahl der Linkspartei, bei der jüngsten Wahl scheint sich diese Tendenz verfestigt zu haben. Die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft steigert – unabhängig vom Erwerbsstatus – bei diesen beiden Wahlen ebenfalls zumindest der Tendenz nach die Wahlchancen der Linken. Und wie in den neuen Bundesländern lässt 2009 eine Gewerkschaftsmitgliedschaft in den alten Ländern die tendenziell positive Wirkung des Arbeiterstatus auf die elektoralen Aussichten der Linken, wie auf das Auftreten einer entsprechenden Parteiidentifikation, leicht anwachsen. Es treten Wirkungsmuster auf, die man für die Parteipräferenzen zugunsten einer „Arbeiterpartei“ erwarten könnte.

Auch wenn die Ergebnisse zur PDS bzw. zur Linken wegen der zum Teil dünnen Datenbasis eine besonders vorsichtige Interpretation erfordern, könnte sich darin eine bedeutsame Verschiebung im bundesdeutschen Parteienwettbewerb abzeichnen. Der Partei ist es seit der Wiedervereinigung gelungen, in den neuen Ländern alte Antipathien in der Arbeiterschaft abzubauen. Mehr noch, sie scheint in den neuen und den alten Bundesländern allmählich ein elektorales Bündnis mit Arbeitern und Gewerkschaften zu schließen. Ob sich diese Tendenz bei künftigen Bundestagswahlen verfestigen und ob ein solches Bündnis tragfähig sein wird, ist damit noch nicht gesagt.

5. Schluss

Ziel dieser Untersuchung war es, die Wirkung gesellschaftlicher Konfliktlinien auf das Wahlverhalten in den alten und neuen Bundesländern bei der Bundestagswahl 2009 zu

analysieren und etwaige Veränderungen seit der Wiedervereinigung herauszuarbeiten. Die Analyse hat gezeigt, dass die Wahl 2009 in vieler Hinsicht eher eine gewöhnliche denn eine außergewöhnliche Wahl war. Konfession und Kirchenbindung entfalteten bei der jüngsten Wahl – wie bei den anderen Urnengängen seit der Wiedervereinigung – in West- und Ostdeutschland ähnliche Wirkungen. Die katholische Konfession und eine enge Kirchenbindung begünstigen je für sich eine Wahlentscheidung zugunsten der Unionsparteien; diese Wirkung wird beim Zusammentreffen beider Merkmale zusätzlich verstärkt. Zwischen alten und neuen Ländern lassen sich in dieser Hinsicht lediglich graduelle Unterschiede ausmachen. So ist die Wirkung der Kirchenbindung zugunsten der Union in den alten Ländern etwas stärker ausgeprägt. Zugleich erweist sich die konfessionelle Trennlinie zwischen Katholiken und Protestanten in den neuen Ländern als etwas wirkungsvoller im Vergleich zu den alten. Insoweit könnte man die Befunde zugespitzt in der Folgerung zusammenfassen, dass in den alten Ländern die religiöse Spaltung stärker zum Tragen kommt, in den neuen hingegen die konfessionelle.

Auf etwas größere Veränderungen deutet die Evidenz mit Blick auf die sozioökonomische Konfliktdimension hin. In den alten Bundesländern begünstigt eine Gewerkschaftsbindung noch immer die Wahlentscheidung für die SPD. Doch hat der positive Effekt des Arbeiterstatus auf die SPD-Wahl seit der Wiedervereinigung an Kraft eingebüßt und wird neuerdings auch nicht mehr von einer Gewerkschaftsmitgliedschaft gefördert. Insoweit deuten die Befunde darauf hin, dass sich die westdeutschen Regelmäßigkeiten im Wahlverhalten ostdeutschen Verhaltensmustern angenähert haben, und die Wahl 2009 hat diese Entwicklung verstärkt. Das einst festgefügte Bündnis aus Arbeitern, Gewerkschaft und Sozialdemokratie scheint in den alten Ländern erodiert zu sein. In den neuen Ländern ist ein solches Bündnis offenbar nie zustande gekommen. Der Absturz der SPD im Jahr 2009 kann in dieser Hinsicht kaum als tiefer Einschnitt gelten.

Zugleich sind in beiden Landesteilen Indizien dafür zu erkennen, dass ein neues elektorales Bündnis zwischen Arbeitern und Gewerkschaften auf der einen Seite und der Linken auf der anderen Seite im Entstehen begriffen sein könnte. Sollte es dazu kommen, wäre schwer zu entscheiden, ob darin eine Anpassung des Ostens an westdeutsche Muster oder umgekehrt eine Annäherung des Verhaltens westdeutscher Wahlberechtigter an ostdeutsche Regelmäßigkeiten zum Ausdruck käme. Angemessener erscheint es, von einer genuin gesamtdeutschen Entwicklung zu sprechen. Denn das neue Bündnis wäre als Ergebnis eines

Konflikts über die künftige Ausrichtung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik im vereinten Deutschland anzusehen. Ob es tatsächlich dazu kommen wird, hängt allerdings nicht zuletzt vom künftigen Verhalten der politischen Elite ab.

Die Analysen haben Arbeiten fortgeschrieben und sie um einige Aspekte ergänzt. Zugleich haben sie die Beziehung zwischen sozialen Spannungslinien und Wahlverhalten nicht umfassend untersuchen können. Zum einen wurde bei der Messung einiger Variabler auf ein recht grobes Instrumentarium zurückgegriffen. Das gilt für die Berufsklasse, die dichotom erfasst wurde, ebenso wie für die Kirchenbindung und die Wahlentscheidung. Analysen mit weniger grobkörnigen Messinstrumenten²⁵ könnten zu feiner nuancierten Ergebnissen führen. So ist nicht auszuschließen, dass zwischen bestimmten Berufsgruppen wesentlich deutlichere Unterschiede im Wahlverhalten bestehen, als die hier vorgestellten Ergebnisse nahelegen. Ferner bleiben die Mechanismen, die für die hier berichteten Zusammenhänge zwischen sozialstrukturellen Merkmalen und der Wahlentscheidung sorgen, genauer zu untersuchen. Solche Analysen könnten zeigen, dass an der Oberfläche identischen Wirkungsmustern unterschiedliche Motivlagen und Vermittlungsmechanismen zugrundeliegen. Schließlich ist zu klären, inwieweit Variationen bei der Datenerhebung, beispielsweise die telefonische Befragung 2009, die Ergebnisse beeinflusste. Mit der Analyse dieser und verwandter Fragen könnte die Wahlforschung einen Beitrag dazu leisten, ein präziseres Bild von der Bedeutung gesellschaftlicher Spannungslinien für das Wahlverhalten im vereinten Deutschland und von deren Wandel und deren Voraussetzungen zu erhalten.

²⁵ Siehe etwa M. Elff/S. Roßteutscher (Anm. 1).